

CHRONIK DER ZEIT

Ernst Reuter

† 29. September 1953

Ein warmer Strom liebevoller Hochachtung drängte sich dem Manne entgegen, der von seinem Amtssitz im Schöneberger Rathaus unter dem in den Abendstunden beleuchteten hohen Turm mit der Freiheitsglocke seit Jahr und Tag die Geschicke der Stadt in festen Händen hielt: dem Regierenden Bürgermeister Berlins, Professor *Ernst Reuter*. Sein Name war nicht nur durch den Zufall einer amtlichen Position, sondern durch die von ihm verkörperte Substanz unzertrennlich mit Berlin verbunden. Er trug die Kunde von den Nöten und von der kämpferischen Entschlossenheit seiner Stadt in alle Welt und gewann ihr durch sein Auftreten auch in aller Welt herzlich und vorbehaltlos verbundene Freunde. In seinem Landesoberhaupt besaß Berlin den leider noch so seltenen Typ eines demokratischen Souveräns, wie er vielleicht am ehesten noch, durch lange Traditionen gebildet und erzogen, in den angelsächsischen Ländern anzutreffen ist. Wo er in der großen Öffentlichkeit auftrat, sprach er die Sprache des wachen und tatbereiten Berliner Volkes, nicht aus betonter Hemdärmeligkeit, sondern weil sie ihm als Repräsentanten dieses Volkes unmittelbar von Herzen ging. Diejenigen, die ihn näher kannten, wissen darüber hinaus etwas von der großen geistigen Spannweite Ernst Reuters, der im privaten Gespräch ebensogern Verse rezitierte, besonders Verse antiken Ursprungs, die dem alten Humanisten lebendig geblieben waren. Ein Zusammenreffen mit dem Regierenden Bürgermeister Berlins vermittelte dem Besucher immer wieder den beglückenden Eindruck, daß es in der heutigen hohen Politik Persönlichkeiten gibt, die ihr Menschliches nicht zur bloßen Funktion entarten lassen, sondern die ihre jeweilige Funktion ihrem unverlierbaren Menschentum anpassen.

Als ich Ernst Reuter an einem glutheißen Julimittag in seinem Amtszimmer gegenüber-saß, hatte ich während unserer ganzen Unterredung das Gefühl unmittelbarer menschlicher und geistiger Gegenwärtigkeit. Wäre jene seltene Mischung von Humor, Ernst, Güte und Angriffslust in der Person Ernst Reuters nicht vorhanden gewesen, so hätte man sie für Berlin und die Vollziehung seiner Gegenwartsaufgaben geradezu erfinden müssen. Der starke und einfallsreiche Humor bewahrte den verantwortlichen Repräsentanten Berlins vor der ungeheuren Gefahr der in solchem Amt und bei einer derartigen Popularität immer möglichen Selbstbespiegelung. Tiefer und sorgenvoller

Ernst ließ in unser Gespräch aus gegebenem Anlaß die Bemerkung von der Bösartigkeit jedes Machtmißbrauches einfließen. Einige Tage nach unserer Unterredung offenbarte sich auf dem Platz vor dem Schöneberger Rathaus die ganze vitale Angriffslust des Regierenden Bürgermeisters, als er unter dem frischen Eindruck des unerhörten Menschenraubes, dem Dr. *Linse* zum Opfer gefallen war, mit deutlichen Worten betonte, die Geduld der Berliner habe nunmehr ein Ende. Die Güte als schöpferischste Form des Mit-Leids im wörtlichsten Sinne wurde mir deutlich, als sich Ernst Reuter während unseres Gesprächs dem alles beschattenden Hauptthema dieser Tage zuwandte, dem Problem der Auftragsarmut der Berliner Wirtschaft und der chronischen Arbeitslosigkeit. Ernst Reuter wußte um die Zuneigung, die ihm von der Bevölkerung entgegengebracht wurde, und er war stolz darauf, gerade weil die Berliner dank ihrer wesentlichen Eigenschaften niemals Untertanen gewesen sind und auch niemals Untertanen sein werden.

DR. KLAUS PETER SCHULZ

Europa nach den deutschen Wahlen

Das Wahlergebnis vom 6. September wird in der Welt als eine Stärkung Deutschlands gewertet, weil es auf geraume Zeit eine stabile Regierung und eine kontinuierliche Politik sicherstellt. Der Pariser „Monde“ stößt Kasandrarufe aus: Nun kann nichts mehr die Beherrschung der kleineuropäischen Gemeinschaft durch Deutschland, den stärksten Partner, aufhalten. Die Achse Bonn-Washington zieht Frankreich und Italien als Hilfstruppen an sich, indes es doch Frankreichs Absicht war, durch die Europapläne „die germanische Energie von einer territorialen Irredenta abzulenken und sie für die Errichtung einer europäischen Föderation zu nutzen“. Nun wird Frankreich in die „dynamische“ Außenpolitik der „deutsch-amerikanischen Führung“ hineingezogen und muß die Risiken der Befreiung Ostdeutschlands und der osteuropäischen Völker mittragen. Es hätte eine „statische“ Politik bevorzugt, bei der alles bleibt wie es ist.

Der Wahlsieg *Adenauers* hat in der Tat in Frankreich die Front der Gegner der EVG aufgelockert. Die Gaullisten machen weniger Vorbehalte, die Sozialisten beginnen einzuschwenken. Etwa 30 sozialistische Deputierte waren schon früher für Ratifizierung, nach den Straßburger Erklärungen *Guy Mollets* dürften noch etwa 40 zustimmen, die restlichen 35 folgen möglicherweise noch. Damit wäre eine Mehrheit für die Verträge gesichert. Die Pariser Klippe für die Verträge ist noch nicht umschifft, aber die Wogen gehen nicht mehr so hoch.

Frankreich fordert eine vorherige Regelung der Saarfrage, bei der ihm Adenauer kaum noch wesentliche Schwierigkeiten machen wird. Über den Vorschlag des Holländers *van der Goes van Naters*, die Saar bei Wirtschaftsunion mit Frankreich auf 50 Jahre einem europäischen Kommissar zu unterstellen, wurde in Bonn zwei Tage lang Erregung gezeigt, aber in Straßburg stimmten die Vertreter der deutschen Regierungsparteien — nicht die acht deutschen Sozialdemokraten — dafür, diesen Bericht zur Grundlage der Saar-Regelung zu machen. Gegen den fünfzehnten Stern auf der Europaflagge, der die Saar als eigenen Staat darstellt, stimmte allerdings die ganze deutsche Abordnung — allein gegen ganz Europa. Es geht aber nicht nur um den Stern, sondern um die Sache. Bonn scheint bereit, der Wirtschaftsunion der Saar mit Frankreich zuzustimmen und damit seine letzte Widerstandsposition aufzugeben. Der Bundeskanzler erklärte schon, man müsse „Zumutungen an das deutsche Nationalgefühl“ in Kauf nehmen.

Auch in der Frage der Ostgebiete zeigt Bonn eine Nachgiebigkeit, die nicht in das Bild von der neuen deutschen Stärke paßt. Die Forderung nach Rückgabe der Oder-Neiße-Gebiete wird nun durch den Vorschlag eines deutsch-polnischen Kondominiums ersetzt. Der Kanzler sprach von einer Politik der Freundschaft mit einem „freien Polen“, wobei er nicht erklärte, wie dieses freie, d. h. von der russisch-kommunistischen Herrschaft befreite Polen in absehbarer Zeit zustande kommen soll. Auf Vertriebenenversammlungen herrschte große Erregung. Weiter nach oben wurde die Kritik milder. Der Vorstand des Vertriebenenverbandes sprach nur noch von der Ablehnung von Vorschlägen, die „das Recht auf die angestammte Heimat in Zweifel ziehen“. Von einer Rückgliederung des östlichen Viertels von Deutschland sprach er nicht mehr.

Zu den französischen Bedingungen für die EVG-Ratifizierung gehört auch ein engerer Anschluß Englands an diesen Verband, um der „deutschen Übermacht“ ein Gegengewicht zu bieten. England macht weitere Gesten in dieser Richtung, aber es bleiben Gesten. Der Eintritt in den Ministerrat besagt wenig, solange England nicht aktives Mitglied der EVG ist. Es kann schwerlich ein Stimmrecht bekommen, solange es nicht die Verpflichtungen des Vertrages auf sich nimmt, und das letztere ist unmöglich zu erreichen. Daß in Einzelfällen englische Einheiten einem französischen, belgischen oder sogar deutschen Kommando unterstellt werden sollen, ist wieder eine hübsche Geste, aber nicht mehr. Hier bleibt noch eine große Schwierigkeit. Eine „reale und wirksame Angliederung“ Englands, die nicht bloß eine beobachtende Rolle mit sich bringt, ist allerdings ein dehnbarer Begriff, den man je nach der politischen Lage interpretieren wird.

Um die Viererkonferenz

Ob die Viererkonferenz in Lugano zustande kommt, ist bei Drucklegung noch eine offene Frage. Die Russen haben die Einladung unter der Bedingung angenommen, daß auch eine Fünferkonferenz über die übrigen Weltprobleme stattfindet — der fünfte Teilnehmer soll das kommunistische China sein. Amerika hat solche Vorschläge immer abgelehnt; ob es sich diesmal von England und Frankreich umstimmen lassen wird, bleibt abzuwarten.

Der Oppositionsführer *Ollenhauer* hat sich für ein gemeinsames Programm von Regierung und Opposition für die etwaige Viererkonferenz ausgesprochen. Er verlangte die Aufnahme eines freien Gesamtdeutschlands in die UNO. Optimistisch meinte er, eine solche Regelung würde gleichzeitig das Problem der Sicherheit Deutschlands lösen und alle Sicherheitsorgen der Nachbarn entlasten. Eine Annäherung der Standpunkte der Regierung und der Opposition in den außenpolitischen Grundfragen ist allerdings bisher nicht zu sehen. In Straßburg lehnte der sozialdemokratische Sprecher *Dr. Luetkens* die vorliegenden Europaverträge erneut ab und distanzierte sich nicht nur von der EVG, sondern auch von der NATO. Die positive Alternative blieb wieder orakelhaft: „Falls es unvermeidlich wird, sind auch wir bereit, einen militärischen Verteidigungsbeitrag unter der Voraussetzung zu befürworten, daß er Formen hätte, die weder die Wiedervereinigung verhindern noch die Ost-West-Spannungen verschärfen.“

Man scheint jetzt einen Sicherheitspakt zu erwägen, den die EVG, vielleicht die ganze NATO-Staatengruppe, mit der Sowjetunion schließen soll, wobei ein vereinigtes Deutschland als Teil der EVG auftreten soll. Beiderseits der deutschen Ostgrenze soll eine entmilitarisierte Zone geschaffen werden. Die Russen haben bereits klipp und klar gesagt, daß eine Angliederung Deutschlands an EVG oder NATO die Wiedervereinigung unmöglich macht, und es ist sehr fraglich, ob ihnen diese Angliederung durch einen Sicherheitspakt schmackhafter gemacht werden kann. Von ihrem Standpunkt gesehen, würde das die Übergabe der deutschen Kraftquellen an den Westen im Austausch für ein Stück Papier bedeuten. Man könnte sich höchstens vorstellen, daß die Russen auf den Vorschlag unter der Bedingung eingehen, daß in Deutschland nur deutsche Kontingente der EVG stationiert würden. Räumt Rußland seine Zone, so wird es auch die Räumung der anderen Zonen durch die westlichen Besatzungsmächte verlangen und nicht zulassen, daß deren Truppen unter „europäischer“ Flagge dort stehenbleiben. Damit wäre Deutschland die Besetzung überall los, und man könnte eine Regierung loben, die das fertiggebracht hat. WALTER THEIMER